

Große Koalition gefährdet sozialen Frieden - Hilfe zur Selbsthilfe spart nicht nur Kosten

Anlässlich der Beratungen über den Landeshaushalt 2006 kamen die sozialpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Monika Heinold** und VertreterInnen der schleswig-holsteinischen Arbeitsloseninitiativen und –beratungsstellen zu einem Gespräch zusammen.

„Die Arbeitsloseninitiativen leisten in Schleswig-Holstein wertvolle Arbeit, auf die wir gerade aufgrund von Hartz IV nicht verzichten können. Das Land hat die Arbeitslosenberatungsstellen landesweit bis einschließlich 2005 mit einer Basisförderung von 150.00 Euro pro Jahr unterstützt. Der Haushaltsentwurf der großen Koalition für 2006 sieht eine Förderung der Arbeitslosenselbsthilfe nicht mehr vor,“ erläutert Heinold.

Wolfram Otto von der Arbeitsloseninitiative Kiel und Mitglied im Bundesverband der Erwerbsloseninitiativen macht den steigenden Bedarf deutlich: „Viele Menschen benötigen eine sehr grundsätzliche Unterstützung und Ermunterung, dazu gehört auch die Beratung darüber, dass in Notlagen überhaupt Ansprüche geltend gemacht werden können, wo und wie. Wir leisten Hilfe zur Selbsthilfe und beziehen die gesamte Lebenssituation mit ein. Wir sind keine Konkurrenz zu den Arbeitsagenturen, sondern arbeiten mit ihnen zusammen, ergänzen, was nicht zum Aufgabenspektrum der FachberaterInnen gehört“, so Otto.

Mit Blick auf die zweite Lesung des Landeshaushaltes 2006 im Dezember sagte Monika Heinold zu, mit einem Grünen Landtagsantrag die Förderung der Arbeitsloseninitiativen auch in Zukunft sicherstellen zu wollen. „Die ehrenamtliche Arbeit, die hier geleistet wird, ist gemessen an ihrem Erfolg für den einzelnen Menschen preiswert. Sie ist darüber hinaus auch ein Beitrag für den sozialen Frieden in unserem Land. Dieser sollte uns gerade vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Frankreich einiges wert sein.“
